

1 **Antragssteller*in: Jusos Pankow**

2 *Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen*

3 *Der Landesparteitag Berlin möge beschließen*

4 *Der Bundesparteitag möge beschließen*

5 **Gesundheit first, Bedenken second - Sucht ist kein** 6 **Verbrechen!**

7 Viele Menschen in Deutschland konsumieren regelmäßig legale und illegale Drogen.
8 Die Gesetzesentwürfe, die in den vergangenen Jahren dazu im Bundestag beschlossen worden
9 sind, dienen fast ausschließlich der Sucht und - Drogenbekämpfung und sind Mittel der
10 Abschreckung und Verbote. Ein Schwerpunkt der derzeitigen Drogen- und Suchtpolitik sind
11 gesetzliche Regulierungen zur Beschränkung des Konsums
12 (Nichtraucher*innenschutzgesetze, Jugendschutzgesetze, Betäubungsmittelrecht). Eine
13 zweite Säule bildet die Angebotsreduzierung mit der Bekämpfung der „Drogenkriminalität“.
14 All diese Regelungen folgen einer strikten law and order-Mentalität.

15 Doch lösen diese Regelungen die Probleme bereits süchtiger Drogengebrauchenden nicht, die
16 beabsichtigte Abschreckende Wirkung bleibt aus und wir haben seit Jahren eine konstante
17 Zahl Drogengebrauchender. Die Zahl süchtiger Menschen, darunter Jugendlichen, steigt stetig.
18 Beschäftigt man sich mit der Homepage der Drogenbeauftragten der Bundesregierung wird
19 deutlich, dass Jugendliche neben Drogen wie Crystal Meth auch von der Internetsucht stark
20 betroffen sind. Doch nicht bei jeder Sucht ist die gesellschaftliche Akzeptanz gleich. Bei der
21 Internetsucht werden Maßnahmen ergriffen und Forschungsstrategien des Bundes zu den
22 individuellen und gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung gefordert. Die
23 Medikamentensucht, von der 2,3 Millionen Menschen betroffen sind, wird in ihrer ganzen
24 Breite im Gesundheitsministerium thematisiert. Doch bei der Drogensucht spielen
25 hauptsächlich strafrechtliche Faktoren eine entscheidende Rolle und lenken die
26 Aufmerksamkeit der Sucht und des Drogenkonsums allzu sehr von medizinischen hin zu
27 juristischen Fragestellungen und Konsequenzen. Im Willen, die Anzahl der Süchtigen zu
28 dämpfen, wird der Aspekt der Gesundheit oft außen vor gelassen und stattdessen mit
29 strafrechtlichen Sanktionen gearbeitet. Dabei sollte nicht Repression, Inhibition und
30 Drogenbekämpfung die bestimmenden Aspekte der Drogenpolitik sein, sondern in Anbetracht
31 der stetig steigenden Zahlen vermehrt Prävention, Hilfe und gesundheitsfördernde
32 Maßnahmen. Als Sozialdemokrat*innen setzen wir uns dafür ein, Drogengebrauchenden zu
33 helfen, von ihrer Sucht wegzukommen und sie nicht als Kriminelle zu brandmarken. Von Sucht
34 betroffene Menschen unterbinden ihren Konsum nicht aus Angst vor Strafen. Und durch
35 Ausübung der Strafen wie Gefängnisaufenthalte und Geldstrafen ist ihnen ebenfalls nicht
36 geholfen. Vielmehr ist die Folge gesellschaftliche Ausgrenzung. Sucht ist kein Verbrechen. Wir
37 fordern ein Umdenken der Drogenpolitik, die stärkere Einbeziehung gesundheitsrelevanter
38 Fragen und eine auf Medizin und Therapie ausgerichtete Behandlung des Drogenkonsums.

39 **Daher fordern wir:**

40 Die Entkriminalisierung von Drogenbesitz im Rahmen des Eigenbedarfs und damit
41 einhergehend die Verlagerung der derzeit im Justiz- und Innenministerium angesiedelten

42 Drogenbereiche in das Gesundheitsministerium. Die Drogenpolitik und die/der
43 Drogenbeauftragte* der Bundesregierung und der Landesregierungen sollen künftig
44 schwerpunktmäßig in den Gesundheitsministerien angesiedelt sein.

45 Darauf aufbauend fordern wir:

- 46 - Die regelmäßige Datenerhebung und anschließende Evaluation zur Durchsetzung der
47 Prohibition in Form eines jährlichen Berichtes mit Augenmerk auf öffentliche
48 Ausgaben.
- 49 - Die Erarbeitung von auf Wissenschaft fundierter Leitlinien und Bildung von Standards
50 für die Behandlung Drogenabhängiger.
- 51 - Mehr zielgruppenorientierte, präventive Leistungen u.a. in Schulen zur Aufklärung
52 über illegale und legale Drogen, beispielsweise durch Aufklärungskampagnen.
- 53 - Erarbeitung eines Konzeptes zur Entwicklung eines Pilotprojektes im Land Berlin zur
54 Ausweitung der Suchtberatung durch die Senatsverwaltung für Gesundheit in
55 Zusammenarbeit mit Ärzt*innen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*Innen, Eltern,
56 Lehrer*innen.
- 57 - Hygienische Interventionen, dazu gehörend Spritzenaustausch und Nadelprogramme,
58 anonyme Qualitätskontrollen (beispielsweise vor Clubs) und die Möglichkeit für von
59 Sucht Betroffene unter ärztlicher Aufsicht Rückzugsorte zu erfahren.

60 Ziel aller Maßnahmen muss die Prävention, Schutz der Gesundheit und die Entstigmatisierung
61 von Drogengebrauchenden sein. Nur auf diesem Wege ist eine nachhaltige Behandlung
62 möglich.

63 **Mehr Geld in Prävention, Wissenschaft und Hilfen statt Repression stecken**

64 In Deutschland werden 84 Prozent des Drogenbudgets für Repression ausgegeben. Damit liegt
65 Deutschland an der europäischen Spitze. Deutschland ist zugleich europaweit das Land, das
66 am wenigsten anteilig Geld für Prävention ausgibt. Setzt man dies in Verhältnis dazu, wie viele
67 finanzielle Mittel in die Prohibition gesteckt werden, zeigt sich, dass dringend
68 Handlungsbedarf besteht.

69 In Portugal hat sich gezeigt, dadurch, dass die Polizei sich nicht mehr mit Kleinkriminellen und
70 Beschaffungskriminalität beschäftigen muss, werden die Kapazitäten zur Bekämpfung der
71 organisierten Drogenkriminalität frei. Und am Beispiel der USA wird deutlich, dass die im
72 Umlauf befindliche Drogenmenge konstant bleibt, selbst wenn sich der Aufwand der
73 Bekämpfung gar verdoppelt.

74 Durch die Entlastung der Justiz können zudem die Suchterkrankten mit den freiwerdenden
75 Mitteln unterstützt werden. Die frei werdenden Mittel, die sich aus den dadurch wegfallenden
76 Verfahren ergeben, sollen zudem in präventive Aufklärungsmaßnahmen fließen. Und, so ist
77 auch nachweisbar: Der Anteil der Menschen, die Beratungen aufsuchen ist größer, wenn
78 Sucht als Krankheit und nicht als Verbrechen verstanden wird.

79 In jedem Fall muss Schluss sein mit der Kategorisierung von Suchtbetroffener Menschen, in
80 Verbrecher und Nicht-Verbrecher. Sucht ist Sucht und sollte endlich gesellschaftlich neu
81 bedacht werden.